

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.10.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:35 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Robert Bonan	parteilos
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Norbert Böhnke	Verw
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw
Herr Rainer von Nievenheim	Verw
Herr Uwe Weiske	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Herr Jan Zwakhoven	Verw
Frau Sylke Bühler	Verw
Frau Annerose Winter	Verw
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE

Gäste

Liga

Herr Sven Weise

ARGE SGB II Halle GmbH

Frau Dr. Christine Radig, Geschäftsführerin

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.9.2009
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Familienberichterstattung - 2. Teilbericht Bildung; Vorlage: V/2009/08215

- 4.2. Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: IV/2009/07886
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung (Vorlage-Nr. IV/2009/07886)
Vorlage: V/2009/08323
 - Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08044
 - 5.1.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08049
 - 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: IV/2009/08014
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Information zum Stand SGB II
 - 7.2. Information zur Einführung des Bundeselterngeldes - Bericht: Herrn Schneller
 - 7.3. Information zum Stand der Vorbereitungen der Veranstaltungen anlässlich des internationalen Gedenktages "NEIN zu Gewalt an Frauen" (25.11.)
 - 7.4. Information zum 8. Familienkongress des Bundesverbandes Väteraufbruch für Kinder e.V. Anfang November in Kooperation mit der Stadt, Stabsstelle Gleichstellung
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass Herr Kogge im Urlaub ist und leider die Vertretung durch einen anderen Beigeordneten im Ausschuss nicht möglich war. Die Verwaltung wird deshalb heute von Frau Wildner vertreten, an sie sind entsprechende Fragen an die Verwaltung zu richten.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass die drei Anträge der Fraktionen DIE.LINKE und SPD (TOP 5.1., 5.2. und 5.3.) von diesen Fraktionen heute zurückgezogen werden. Es wird versucht, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und einzureichen bzw. werden die drei Anträge zu einem späteren Zeitpunkt erneut eingereicht.

Die Ausschussvorsitzende informiert außerdem, dass heute ein Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM vor der Sitzung verteilt wurde. Dieser Antrag bezieht sich auf die gemeinsame Förderrichtlinie. Für den SGGA relevant seien hier jedoch nur die betreffenden Paragraphen, die sich auf die Förderung von sozialen Projekte bzw. Gleichstellungsprojekten beziehen. Da diese Förderrichtlinie heute in der Sitzung in 2. Lesung behandelt wird, wird dieser Antrag mit in die Tagesordnung aufgenommen.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.9.2009

Herr Schachtschneider bittet in der Niederschrift Seite 6 unter § 2 das Wort „nicht“ zu streichen. Gemeint war, dass Feste zu fördern seien.

Herr Dr. Bartsch bittet aus gleichem Grund ebenfalls das Wort „nicht“ unter § 2 (1. Zeile) zu streichen.

Mit diesen Änderungen wird die Niederschrift vom 15.9.09 bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Familienberichterstattung - 2. Teilbericht Bildung Vorlage: V/2009/08215

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Weiske um einführende Worte zur vorliegenden Familienberichterstattung.

Herr Weiske erläutert, dass nach dem Teilbericht Kinderarmut nun der Bericht Bildung vorgelegt wird. Der Bildungsbericht ist nicht nur als Schulbildungsbericht zu begreifen, sondern als allgemeiner und umfassender Bildungsbericht bis hin zur Erwachsenenqualifizierung. Am Ende sollen Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden, ähnlich wie im Bericht Kinderarmut. Mittelfristig sollen die Empfehlungen in den verschiedenen Bereichen der Bildung richtungsweisend sein. Herr Weiske weist auf die verschiedenen Probleme hin, z. B. die wichtige Sanierung der Schulbauten, die Bedeutung der Infrastruktur usw. Bildung ist vor allem Landessache, aber die Möglichkeiten der Kommune müssen genutzt werden. Herr Weiske ist gern bereit, Fragen zu den einzelnen Daten und Ausführungen im Bericht zu machen.

Frau Wolff fragt, ob bereits Hinweise der freien Träger aus dem Jugendhilfeausschuss mit einbezogen wurden. Wie ist die Kooperation zwischen Horten der öffentlichen Träger und den Schulen? Wie kann die Zusammenarbeit verbessert werden?

Herr Weiske antwortet, dass es an vielen eine gute Zusammenarbeit mit den Hortträgern schon jetzt gibt. Aus den anderen Ausschüssen sind sehr viele Anregungen gekommen und viele Ergänzungswünsche die noch einzubeziehen sind, möglichst schon in die 2. Lesung. Der Bericht wird dann mit diesen Änderungen aus den Ausschüssen in den Stadtrat gehen.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass der Bericht unter den hier spezifisch für unseren Ausschuss zutreffenden Punkten zu sehen ist. Sie fragt Herrn Weiske nach der 2. Lesung, dies wäre nicht bekannt und wäre zeitmäßig bis zum Stadtrat im SGGA auch gar nicht möglich.

Herr Weiske informiert, dass die Möglichkeit der 2. Lesung von Herrn Kogge als Angebot an die Ausschüsse gemacht wurde.

Herr Dr. Bartsch fragt, wo das Land gefordert ist und in Verantwortung genommen wird, z. B. bei Fragen der Klassenstärken. Die Definition des Bildungsbegriffes fehle.

Herr Weiske antwortet, dass Bildungsdefinition und –darstellung entsprechend dem nationalen Bildungsbegriff zu sehen ist. Im Bericht ist auch verzeichnet, dass für bestimmte Dinge das Land zuständig ist und nicht die Stadt.

Die Ausschussvorsitzende fragt, bis wann die Änderungen eingearbeitet werden. Herr Weiske antwortet, dass Änderungswünsche ständig eingearbeitet werden.

Herr Schachtschneider fragt ebenfalls, wann man den veränderten Bericht vorlegt. Herr Weiske informiert, dass auf www.halle.de die jeweils aktuelle Version eingestellt wird.

Frau Tomczyk-Radji regt ausgehend vom Bericht an, die Sozialplanungsgruppen in den Ausschuss einzuladen.

Frau Wolff weist darauf hin, dass auf Seite 7 steht, dass das Land in der Pflicht steht. Sie sagt, dass es wichtig ist, dass die Handlungsempfehlungen zur Wirkung kommen und von uns gefördert werden.

Herr Müller weist darauf hin, dass hinter Land in Klammern gesetzt das Kultusministerium genannt ist. Hier ist die Einschränkung auf das Kultusministerium zu ergänzen, da auch andere Bereiche mit einbezogen werden.

Herrn Mohamad sind die dargestellten Zeitreihen nicht ganz ausreichend. Herr Weiske sagt, dass hier auf Zahlen verzichtet wurde, wenn sich nichts geändert hat. Viele Daten sind nur über das Landesverwaltungsamt zu erhalten. Es konnten nur Daten verwendet werden, die wir als Stadt erhalten bzw. Daten, bei denen die Quelle geprüft werden konnte. Es wurden immer die aktuellsten Materialien verwendet.

Herr Bartsch bittet auf Seite 58 darauf zu achten, dass sich die URANIA zwar 1991 neu gegründet hat, aber vorher schon bestand.

Frau Krausbeck fragt nach dem Übergang von Schule zu Beruf, ob nicht zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden seien, oder entsprechen die Schüler nicht den Ausbildungsplätzen?

Herr Weiske antwortet, dass beides zutreffe. Manche Jugendlichen haben Probleme, Ausbildungsreife zu erreichen. Schüler können auch in anderen Bundesländern Ausbildungsplätze finden, hier ist die Zahl nicht bekannt.

Frau Dr. Radig ergänzt, dass der Rückgang der Geburtenzahlen dazu geführt hat, dass mehr Ausbildungsplätze als Schüler vorhanden seien, jedoch die Fähigkeiten vieler Schüler nicht den Ausbildungsstellen entsprechen. Somit bleiben viele Ausbildungsplätze frei.

Die Ausschussvorsitzende fasst die hier getroffenen Ausführungen zusammen. Alle Hinweise werden aufgegriffen und finden Berücksichtigung bis zu Stadtratssitzung.

Frau Wolff fragt, ob diese hier mündlich vorgetragenen Hinweise noch schriftlich vorliegen müssen. Herr Weiske antwortet, dass diese mündlichen Hinweise genügen, jedoch bis zum Redaktionsschluss auch noch weitere schriftliche Mitteilungen eingearbeitet werden können. Auch danach eintreffende Hinweise werden ihren Niederschlag im Bericht finden, dann jedoch zu einem späteren Zeitpunkt.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, zu einem späteren Zeitpunkt über diesen Bericht nochmals im Ausschuss zu informieren.

Frau Wolff bittet um Bericht zu Veränderungen, die aus der Vorlage hervorgehen, z. B. zur Saaleschule. Dazu antwortet Herr Weiske, dass sich in diesem Fall schon etwas getan hat und den Bericht im Prinzip überholt hat.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Weiske für seine Ausführungen.

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss nimmt den vorliegenden 2. Teilbericht der Familienberichterstattung: Bildung, zur Kenntnis.

zu 4.2 Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung Vorlage: IV/2009/07886

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass heute ein Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ebenso über die in der Sitzung verteilte Synopse zur gemeinsamen Förderrichtlinie. Herr von Nievenheim sagt, dass es sich nicht ganz um eine Synopse handelt, da dann alle Hinweise aus allen Ausschüssen vorliegen müssten. Hier handelt es sich nur um die Anregungen und Änderungswünsche aus dem SGGA.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Anträge für den allgemeinen Teil der Richtlinie an die Verwaltung zu stellen, sie werden im Hauptausschuss behandelt. Hier wird nur der für uns relevante Teil diskutiert.

Frau Wolff hält jedoch den allgemeinen Teil für wichtig, dies sollte auch hier besprochen werden.

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn von Nievenheim um Erläuterungen.

Herr von Nievenheim sagt, dass es bei dem heute vorgelegten Material um eine „Art“ Synopse handelt. Die richtige Synopse wird dann für den Hauptausschuss erstellt. Hier im Ausschuss sei über die Änderungswünsche zu entscheiden, die die Aufnahme der Schuldnerberatungsstellen sowie die Aufnahme des Wortes „sind“ im § 13 betreffen.

Frau Wolff sagt, es müsste dann bei den Schuldnerberatungsstellen stehen:

„Pflichtberatungen sind nicht Bestandteil der Richtlinie“. Sie möchte die Schuldnerberatungsstellen mit einbezogen haben in die Richtlinie.

Herr von Nievenheim sagt, er möchte die Schuldnerberatungsstellen über die gesetzlichen Regelungen, nicht über die Richtlinie fördern.

Frau Wildner ergänzt, dass die Träger der Beratungsstellen selbstverständlich Anträge stellen können. Die Schuldnerberatung sei aber keine freiwillige Maßnahme im Sinne der Richtlinie, sondern hier greift die gesetzliche Förderung.

Frau Wolff hat trotzdem Bedenken, dass hier die Beratungsstellen mit nicht pflichtigen Leistungen und innovativen Projekten nicht gefördert werden.

Die Ausschussvorsitzende schlägt die Formulierung „Personen in besonderen Lebenslagen und Lebensphasen“ vor.

Herr Müller findet diese Definition nicht richtig zutreffend.

Frau Wolff meint, wenn die Schuldnerberatungsstellen vorher in der Richtlinie gestanden haben, sollten sie darin bleiben. Hier geht es nicht um Pflichtleistungen. Die Fraktion wird ihren Antrag bis zum Hauptausschuss neu formulieren.

Herr von Nievenheim versichert, dass nichts verloren geht. Es wird alles im Hauptausschuss zusammengefasst.

Herr Schachtschneider fragt zu § 16 Satz 4, ob die Vernetzung gebraucht wird.

Frau Wildner antwortet, sie würde es gut finden, wenn der Hinweis auf die Vernetzung erfolgt. Es geht nicht nur um Kranke oder nur um Behinderte usw. Hier soll die Möglichkeit einer übergreifenden Förderung festgehalten werden.

Frau Wolff sagt zum Antragstermin, dass bei der Festlegung auf ein Datum die Stadtverwaltung prüfen soll, ob dies überhaupt einzuhalten ist. Wie sieht es mit dem Bewilligungszeitraum aus?

Frau Wildner antwortet, dass man zwischen Projektförderung und institutioneller Förderung unterscheiden kann. Für Projektförderung ist ein späterer Abgabetermin vertretbar. Der Bewilligungszeitraum ist immer das Haushaltsjahr. Beides hängt vom Haushalt der Stadt ab.

Die Ausschussvorsitzende macht den Vorschlag, für die anderen Ausschüsse mitzunehmen den Termin für die institutionelle Förderung den 30.6. und den 2. Termin auf den 30.9. festzuhalten.

Frau Wolff informiert, dass im Sportausschuss die Trennung der Termine abgelehnt wurde, da sonst keine gemeinsame Förderrichtlinie benötigt würde.

Die Ausschussvorsitzende fragt die Verwaltung nach einem machbaren Termin.

Frau Winter informiert, dass für soziale Projekte bisher der 31.8. galt, die Träger waren jetzt mit dem 30.6. einverstanden. Selbsthilfegruppen konnten bisher jedoch bis zum 31.12. einreichen.

Die Ausschussvorsitzende bittet nun um Zustimmung, dass Herrn Weise dazu reden darf. Die Zustimmung wird erteilt.

Herr Weise informiert als ein Vertreter der beantragenden Träger, dass für eine Kofinanzierung spätestens im November feststehen muss, welche Förderung die Träger von der Stadt erhalten.

Herr Schachtschneider fragt nach der Definition präventiver Maßnahmen.

Frau Dr. Radig erläutert, dass es hier gemeint ist, was nicht zum klassischen Beratungsangebot zählt.

Die Ausschussvorsitzende bittet zuerst um Abstimmung zur Wiederaufnahme der Schuldnerberatungsstellen, danach um Abstimmung zur Einfügung „ausschließlich“ im § 13.

Abstimmungsergebnis:

Aufnahme Schuldnerberatungsstellen:

Ja	6
Nein	2

Mehrheitlich zugestimmt.

Einfügung des Wortes „ausschließlich,“ hinter dem Wort „sind“ in § 13

Ja -
Nein 4
Enthaltungen 4
Mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss (in modifizierter Form für den für den SGGA relevanten Teil §§ 12, 13, 16):

Im § 16 Absatz (3) „Soziale Zielgruppen im Rahmen dieser Förderrichtlinie sind:“

ist als letzter Anstrich hinter „Senioren“ der Anstrich

„- Schuldnerberatungsstellen“

aufzunehmen.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung (Vorlage-Nr. IV/2009/07886)
Vorlage: V/2009/08323**

Der TOP wurde im Zusammenhang mit TOP 4.2 beraten und abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Siehe TOP 4.2.

Beschluss:

Siehe TOP 4.2.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten
zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: IV/2009/08014**

Zurückgezogen

**zu 5.1.1 Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08044**

Zurückgezogen

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08049**

zurückgezogen

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 7 Mitteilungen

Herr Schneller informiert darüber, dass für die Novembersitzung eine Beschlussvorlage zum Halle-Pass vorbereitet wird. Diese Vorlage ist notwendig, da es Änderungen im Wohngeldrecht gab. Zu Jahresbeginn ist neu geregelt worden, dass auch Einzelpersonen, die im Rahmen einer Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem SGB II beziehen, einen eigenständigen Wohngeldantrag stellen können.

Zwar hat eine Haushaltsgemeinschaft insgesamt das gleiche Einkommen wie vorher, jedoch sind die Vergünstigungen des Halle-Passes ausdrücklich an den Leistungsbezug nach dem SGB II/XII geknüpft. Es soll sichergestellt werden, dass dieser Personenkreis weiterhin für den Halle-Pass anspruchsberechtigt bleibt.

Weiterhin informiert Herr Schneller über den Fall eines angeblich Obdachlosen, der ums Leben gekommen ist. Es ist bekannt, dass er 48 Jahre alt war, früher Sozialhilfe bezogen hat, danach AGL II. In den Beratungsstellen in Halle ist er nicht bekannt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in dem Fall. Vermutet wird, dass es sich hier nicht um einen Obdachlosen handelt. Er war nicht auffällig, so dass für das Sozialamt und die anderen städtischen Behörden keine Möglichkeit bestand, hier einzugreifen.

zu 7.1 Information zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Radig und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. Radig erläutert die neu vorliegende Statistik und informiert über den neuen Stand zum SGB II. Das Zahlenmaterial wird dem Protokoll als Anlage beigelegt. In den Grundsicherungsleistungen ist eine Steigerung um 11 % zum Vorjahr, die KdU-Steigerung fällt nicht so hoch aus und liegt bei ca. 4,6 %.

Frau Dr. Radig informiert, dass der Jahresabschluss der ARGE im Oktober in der Stadtratssitzung sein wird.

Herr Hildebrandt fragt, ob die 11 % Steigerung bundesweit ist oder nur hier für Halle zutrifft, ist die Steigerung im Zusammenhang mit der Regelsatzerhöhung für Kinder zu sehen? Frau Dr. Radig antwortet, dass Halle etwas niedriger liegt als der Bund. Der Bundesdurchschnitt beträgt 13 %. Die normalen Regelsatzerhöhungen werden eingerechnet. Die Steigerung liegt vorwiegend in der Erhöhung der Arbeitslosigkeit begründet.

zu 7.2 Information zur Einführung des Bundeselterngeldes - Bericht: Herrn Schneller

Herr Schneller informiert, dass im Rahmen der Kommunalisierung ab 1.1.2010 als neue Aufgabe die Leistungen nach dem BEEG an die Kommune gehen, die bisher beim Landesverwaltungsamt lag. Da heute im Landtag über das Gesetz die Entscheidung fällt, ist nur eine mündliche Information möglich. Für die nächste Sitzung wird hier eine Informationsvorlage erarbeitet. Herr Schneller erläutert die Leistungen nach dem BEEG. Zwei Mitarbeiter vom Landesverwaltungsamt werden die Aufgaben im Sozialamt wahrnehmen, 1 bis 1,5 Personalstellen müssen durch das Sozialamt zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich hier um durchschnittlich 2.300 Fälle in Halle.

zu 7.3 Information zum Stand der Vorbereitungen der Veranstaltungen anlässlich des internationalen Gedenktages "NEIN zu Gewalt an Frauen" (25.11.)

Frau Wildner informiert über den Internationalen Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“ und die damit verbundenen Veranstaltungen, die in Halle dazu stattfinden werden. Halle beteiligt sich zum 8. Mal an diesem Tag.

zu 7.4 Information zum 8. Familienkongress des Bundesverbandes Väteraufbruch für Kinder e. V. Anfang November in Kooperation mit der Stadt, Stabsstelle Gleichstellung

Frau Wildner erläutert, dass seit 7 Jahren Väter aus ganz Deutschland sich in Halle treffen. Wenn der Veranstaltungsplan feststeht, wird Frau Wildner ihn den Fraktionen zur Verfügung stellen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Tomczyk-Radji fragt, ob es schon eine Antwort auf ihre Frage aus der vergangenen Sitzung zu Existenzgründungen gibt. Frau Dr. Radig wird bis zur nächsten Sitzung eine Antwort vorlegen.

Die Ausschussvorsitzende fragt die ARGE bzw. Herrn Schneller nach dem Stand der Probleme der EVH mit einem Vermieter. Herr Schneller antwortet, dass die EVH zwischenzeitlich mit dem Vermieter zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen ist. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass eines der betreffenden Häuser leergezogen werden soll. Es besteht hier kein weiterer Handlungsbedarf.

Zum zweiten fragt die Ausschussvorsitzende, ob die KdU-Richtlinie in den Stadtrat geht bzw. in den Finanzausschuss. Herr Böhnke informiert, dass es bisher nur eine Information im SGGa gab. Herr Schneller bestätigt diese Verfahrensweise.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, sich der Rattenbekämpfung auf dem Spielplatz „Drachenkopf“ in der Südstadt anzunehmen. Frau Dr. Schwarzer nimmt diesem Hinweis auf.

Frau Thieme fragt, warum die Verteilung des Amtsblattes in Halle-Neustadt nicht klappt. Herr Böhnke nimmt dieses Problem auf. Frau Wildner und Frau Hanna Haupt informieren über die gelaufene Ausschreibung mit der neuen Vergabe der Amtsblattverteilung.

zu 9 Anregungen

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 12.11.09

Kerner
Protokollführerin